

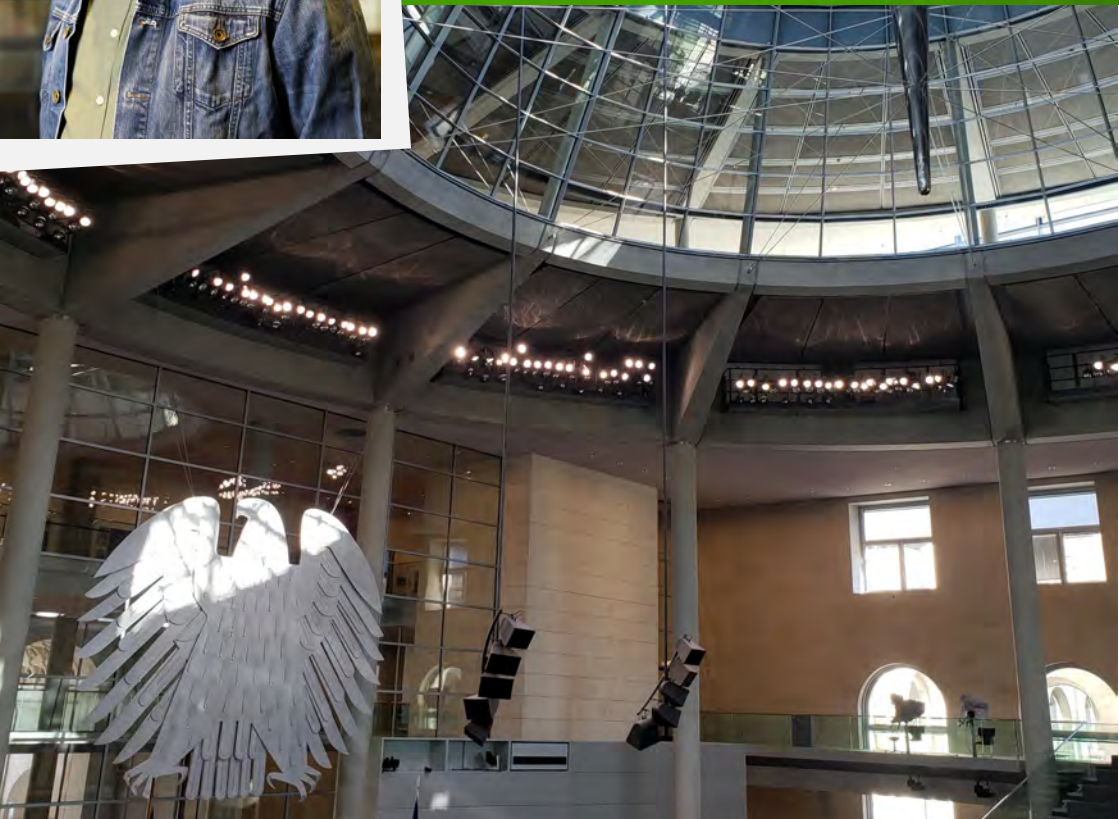
**BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN**



**Helge Limburg**

# Newsletter

Juni/Juli 2023



## THEMEN

Grußwort | Das GEG - ein Update | Reform des  
Völkerstrafgesetzbuchs | Konferenz 70. Jahre nach dem 17.  
Juni 1953 | Update Patenschaften | Termine im Wahlkreis |  
Mitgliedschaft im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss  
Afghanistan | Kontakt |



Liebe Freund\*innen!

Heute hat der Rat für deutsche Rechtschreibung entschieden, dass „Gendern“ weiterhin nicht Bestandteil der deutschen Rechtschreibung sein soll. Ich bedauere das sehr. Niemand sollte gendern müssen, aber jede\*r sollte es dürfen. Geschlechtergerechtigkeit darf nicht bei Sprache enden, aber sie sollte dort anfangen dürfen. Wer „Gendern“, wie Teile der CDU, verbieten will, maßt sich an, Menschen Vorschriften in Bereichen zu machen, die den Staat nichts angehen. Ich hoffe, dass die CDU ihren Kulturkampf von rechts endlich beendet und sich wirklich wichtigen Themen widmet.

Dazu gehört zweifellos das Gelingen der Wärmewende. Dafür hat Robert Habeck mit dem GEG einen Gesetzentwurf, der entgegen der Propaganda nicht ausschließlich auf Wärmepumpen setzt, der aber endlich das Ende fossiler Heizungen einleitet. Der schließlich gegen massive Negativberichterstattung mit zahlreichen Lügen und Falschbehauptungen durchgesetzte Kompromiss ist natürlich nicht optimal, aber er leitet die Wärmewende hin zu Erneuerbarer Wärme sozialverträglich ein. Aber klar ist: Wir werden, wenn wir das Gesetz nach der Sommerpause verabschiedet haben, erst einen ersten Schritt bei der Wärmewende gemacht haben. Weitere müssen folgen.

Die Wahlerfolge der AfD bei Kommunalwahlen in Thüringen und Sachsen-Anhalt sind Anlass zur Sorge. Aber vor allem müssen sie Anlass sein, demokratische Debattenkultur zu stärken,

Begegnungen zu schaffen und die Menschen dort zu unterstützen, die sich gegen die AfD stemmen. Wir in der Ampelkoalition müssen konstruktiver zusammenarbeiten und das auch nach außen kommunizieren. Aber ich habe im Bundestag und im Wahlkreis viel mutmachendes erlebt: Menschen, die sich für andere einsetzen, die den demokratischen Austausch suchen, die beim Klimaschutz engagiert voran gehen. Davon und anderem erzähle ich auch in diesem Newsletter.

Ich wünsche euch viel Spaß beim Lesen und verabschiede mich nun in die Sommerpause!

## Das GEG - ein Update

Das Gebäudeenergiegesetz – auch GEG oder Heizungsgesetz – kommt nach der Sommerpause. Grund dafür ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, die der Opposition mehr Zeit im Verfahren einräumt. Diese Entscheidung richtet sich lediglich auf den engen Zeitplan der Verabschiedung des Gesetzes, Inhalt und Ziele des Heizungsgesetzes bleiben aber gleich: Unser Koalitionspartner hat mit den anderen Ampel-Frakturen über offene Punkte verhandelt, sodass wir gemeinsam der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Klimaschutz und Energie folgen.

Damit packen wir eine Herausforderung an, die viel zu lange liegen gelassen wurde: Der Einbau erneuerbarer Heizungen wird Mieter\*innen und Eigentümer\*innen vor steigenden Energiekosten bewahren, das Klima schützen, Wirtschaft und Handwerk stärken. Zusätzlich macht die enge Anbindung an die kommunale Wärmeplanung das Gesetz pragmatischer und schafft für Bürger\*innen, Kommunen und Unternehmen Planbarkeit und Verlässlichkeit. Neben der besseren Verknüpfung mit der kommunalen Wärmeplanung wurde in den Beratungen vor allem mehr Förderung für Menschen mit wenig Einkommen beschlossen: Wir konnten erreichen, dass der Anteil der Förderung an den Investitionskosten auf bis zu 70 Prozent erweitert wurde. Durch die Deckelung bieten wir einen Schutz vor explodierenden Kosten.

Ein weiterer Erfolg durch das GEG wird sein, dass wir ab 2024 den kompletten Umstieg auf erneuerbare Wärme ermöglichen und dadurch jede neu eingebaute Heizung mit mindestens 65 Prozent erneuerbarer Energie betrieben werden soll. Mit diesem Fahrplan heizen wir ab 2045 komplett erneuerbar.

Weitere Informationen zum GEG findet ihr hier: <https://www.gruene-bundestag.de/themen/bauen-wohnen-stadtentwicklung/mit-modernen-heizungen-zu-klimafreundlicher-waerme>.



## Fachgespräch Zukunft des Völkerstrafgesetzbuchs

Im Juni jährte sich das Inkrafttreten des Völkerstrafgesetzbuchs zum 21. Mal. Auf Grundlage des Weltrechtsprinzips, haben wir mit unserem Völkerstrafgesetzbuch (VStGB) ein wichtiges Instrument geschaffen, um schwerste Völkerrechtsverbrechen strafrechtlich zu ahnden. Dabei ist die Bedeutung des VStGB nicht erst seit dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine und den seitdem verübten Kriegsverbrechen höchst aktuell und sowohl die Weltgemeinschaft als auch die betroffenen Zivilgesellschaften schauen auf uns. Deshalb luden mein Kollege Boris Mijatović und ich am 26. Juni zu einem Fachgespräch ein. Nach einem Grußwort der Staatsministerin im Auswärtigen Amt und grünen Bundestagsabgeordneten Katja Keul diskutierten ausgewiesene Expert\*innen die Weiterentwicklung des VStGB. Mit dabei waren Andreas Schüller vom ECCHR, Dr. Silke Voß-Kyeck vom DIMR, Prof. Kim Thuy-Seelinger von der Washington University in St. Louis, die als Sonderberaterin für sexualisierte Gewalt am Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) tätig ist und Dr. Julia Geneuss von der Humboldt-Universität in Berlin.

Wir müssen uns nicht nur um einen qualitativ besseren sprachlichen Zugang zivilgesellschaftlicher Akteur\*innen an Völkerstrafverfahren durch Verdolmetschung der Verfahren bemühen, wie es Andreas Schüller betonte. Sondern auch den Zugang der internationalen Strafrechtslehre zu unserer VStGB- Rechtsprechung verbessern, wofür die Übersetzung von Gerichtsurteilen und Verfahrensdokumenten unerlässlich ist. Nur so kann unsere Rechtsprechung zur internationalen Rechtsfortbildung und Konfliktaufarbeitung in den betroffenen Gesellschaften beitragen, wie es Dr. Julia Geneuss in ihrem Beitrag anbrachte.

Genauso wichtig ist es, wie Prof. Thuy Seelinger betonte, sexualisierte Verbrechen als unterschiedliche Tatbestände mit ihrem jeweiligen Unrechtsgehalt anzuerkennen, als gezielt eingesetzte Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Diese können vollständig nur erfasst werden, wenn die im VStGB bestehenden Lücken - etwa im Bereich der reproduktiven Gewalt - geschlossen werden und wir in Völkerstrafverfahren psychosoziale Prozessbegleitung für Betroffene dieser grausamen Verbrechen gewährleisten.

Nachbesserungsbedarf gibt es auch beim komplexen Verbrechen des „Verschwindenlassens“, das im deutschen Strafgesetzbuch immer noch als eigener Straftatbestand fehlt und bei dem auch im VStGB Veränderungen geboten sind, wie es Dr. Silke Voß-Kyeck betont.

Ich danke allen Expert\*innen, beteiligten Gästen und Mithörer\*innen für diesen sehr produktiven Austausch! Wir werden weiter daran arbeiten das Völkerstrafgesetzbuch zumodernisieren, damit Völkerrechtsverbrechen nicht ungeahndet bleiben und Deutschland kein sicherer Hafen für Kriegsverbrecher wird!

## 70 Jahre Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Der Volksaufstand am 17. Juni 1953 war bis 1989 das bedeutendste Ereignis in der Geschichte von Opposition und Widerstand in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Anlässlich des 70. Jahrestages des Aufstandes hat die Bundestagfraktion Zeitzeug\*innen und Wissenschaftler\*innen zu einer Konferenz eingeladen, um über den Stand der Aufarbeitung des SED-Unrechts und die Lehren für die Zukunft zu debattieren. Claudia Roth, Staatsministerin für Kultur und Medien, eröffnete die Konferenz. An der Diskussion nahmen unter anderem der Historiker Dr. Ilko-Sascha Kowalczyk, Evelyn Zupke, die SED-Opferbeauftragte beim Deutschen Bundestag und Katja Meier, die Sächsische Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, teil.

Im Rahmen der Konferenz durfte ich ein Panel zu den Herausforderungen und Perspektiven bei der Rehabilitierung von Opfern der SED-Diktatur moderieren. Mit mir diskutierten Inge Bennewitz, Betroffene von Zwangsaussiedlungen in der DDR, Petra Morawe, die Erfahrungen aus der Beratung von SED-Opfern schilderte sowie Peter Wurschi, der Thüringer Landesbeauftragte für die SED-Opfer.

Die Diskussion zeigte mir einmal mehr, dass es weiter Handlungsbedarf bei den Gesetzen gibt, welche die Rehabilitierung und Wiedergutmachung für die SED-Opfer regeln. Dazu gehört unter anderem die Abschaffung der Bedürftigkeitsprüfung bei Opferrenten, die Einführung eines Zweitantragsrechts, damit auch diejenigen, deren Anträge bereits abgelehnt wurden, von Gesetzesänderungen profitieren oder auch die Einführung einer Regelvermutung bei gesundheitlichen Verfolgungsschäden. Auch ist es an der Zeit, die Opfer der Zwangsaussiedlungen durch eine Einmalzahlung zu entschädigen.

Schon im Koalitionsvertrag hat die Ampel eine Novelle dieser Gesetze vereinbart. Jetzt ist es Zeit für das Parlament und das Justizministerium, diese Impulse umzusetzen.





## Belarus: Geburtstag hinter Gittern

Schon zum zweiten Mal musste Andrei Paheryla seinen Geburtstag hinter den Gittern des Gefängnisses Nr. 3 in Gomel feiern. Wenn es nach dem Willen des belarussischen Diktators Alexander Lukaschenko geht, wird er junge Familienvater noch zwölf oder dreizehn weitere Jahre dort verbringen. Was wirft das Regime Andrei vor? Er hat sich als Gewerkschafter nach den gefälschten Wahlen im Jahr 2020 an den friedlichen Protesten gegen die Wahlfälschungen und die staatliche Gewalt beteiligt. Deshalb ist er nun einer von mindestens 1.485 politischen Gefangenen in Belarus.

Allen Gefangenen drohen in den Gefängnissen Isolation und Folter. Das Regime macht dabei auch vor minderjährigen, schwer erkrankten oder alten Menschen keinen Halt. Der Kontakt der Gefangenen zur Außenwelt wird systematisch unterbunden, die medizinische Versorgung Erkrankter wird verhindert. Immer wieder sterben politische Gefangene in den Gefängnissen unter unklaren Umständen.

Als Zeichen der Solidarität mit der belarussischen Demokratiebewegung und vermittelt durch die Menschenrechtsorganisation Libereco haben mittlerweile mehr als 363 Abgeordnete aus vielen Ländern Europas politische Patenschaften für inhaftierte Aktivist\*innen in Belarus übernommen. Darunter sind allein über 60 Pat\*innen aus der grünen Bundestagsfraktion, die sich für die Freilassung der politischen Gefangenen einsetzen. Sie machen durch öffentliche Aktionen auf das Schicksal der Gefangenen aufmerksam und erinnern das Regime in Belarus daran, dass Menschen wie Andrei Paheryla nicht vergessen werden!

Koordiniert von meinen Kolleg\*innen Frank Bsirske und Beate Müller-Gemmeke haben wir uns gegenüber der Bundesregierung dafür eingesetzt, dass diese sich in der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) für eine Verurteilung von Belarus wegen der Unterdrückung von Gewerkschaftsbewegungen einsetzt. Mit Erfolg: im Juni hat die ILO das Vorgehen von Belarus verurteilt und ein Sanktionierungsverfahren eingeleitet!

Als Andreis politischer Pate habe ich ihm in einem Brief zum Geburtstag gratuliert. Ich wünsche ihm Kraft und Gesundheit, vor allem aber die Freiheit und ein Wiedersehen mit seinen Liebsten. Weil ich weiß, dass das Regime den Gefangenen Briefe und Postsendungen vorenthält, veröffentliche ich alle meine Briefe an Andrei auch auf meiner Homepage und teile sie mit belarussischen Oppositionsmedien. Ich hoffe das meine Nachrichten so doch einen Weg hinter die Gefängnismauern finden.



## Iran: Das Regime mordet weiter

Sechs Monate ist es jetzt her, dass Mohammad Mehdi Karami vom iranischen Regime ermordet wurde. Mehdi war ein junger Mann voller Hoffnung, ein talentierter Karatesportler, der geliebte Sohn seiner Eltern. Wie viele andere Iraner ist er nach dem Mord an Jinah Masa Amini unter dem Motto „JIN – JIYAN – AZADI!“ (Frau – Leben -Freiheit!) auf die Straße gegangen. Das Regime hat ihn dafür verhaftet, ihn des Mordes an einem Basij-Milizionär bezichtigt und in einem fadenscheinigen Prozess zum Tode verurteilt.

Im Dezember 2022 habe ich eine politische Patenschaft für Mehdi übernommen, in der Hoffnung, so zu helfen, sein Leben zu retten. Leider vergebens: Am 7. Januar 2023 wurde Mohammad Mehdi Karami zusammen mit Seyyed Mohammad Hosseini im Gefängnis von Karaj hingerichtet.

Seither wurden im Iran mehr als 350 weitere Personen hingerichtet, zuletzt zwei Männer aus Afghanistan, die dem Krieg in ihrer Heimat entkommen waren. Es ist kein Zufall, dass jetzt, wenn die internationale Aufmerksamkeit für die iranische Revolution nachlässt, immer mehr Todesurteile vollstreckt werden. Das Regime beobachtet sein Image im Ausland sehr genau, es begeht seine größten Verbrechen, wenn niemand mehr hinschaut.

Deshalb habe ich gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation Hawar, die das Iran-Patenschaftsprogramm betreut, am 07. Juli, sechs Monate nach dem Mord an Mehdi in einem Video an ihn und Seyyed Mohammad Hosseini erinnert. Meine Botschaft an das iranische Regime:

Mehdi und die anderen Ermordeten werden nicht vergessen, wir werden weiter an sie erinnern! Und wir suchen nach den Namen der Mörder!

Bisher hat die EU vier Personen, die an der Ermordung Mehdis beteiligt waren, auf Sanktionslisten gesetzt: Den Staatsanwalt und den Richter, die diesen Justizmord zu verantworten haben, sowie den Gefängnisdirektor und seinen regionalen Vorgesetzten. Das ist ein erster Schritt zur Gerechtigkeit, dem noch viele weitere Folgen müssen. Ich hoffe sehr, dass diese Männer sich eines Tages vor einem ordentlichen Gericht in einem freien Iran für ihre Taten verantworten müssen.

## Rückblick - Termine im Wahlkreis

### Sommerwanderung Holzminden im Hochmoor Mecklenbruch

Sommerwanderung im Landkreis Holzminden! Ende Juni wanderte ich gemeinsam mit Grünen Mitgliedern und Interessierten sowie unserer Landtagsabgeordneten Britta Kellermann durch das Hochmoor Mecklenbruch, nordöstlich von Silberborn. Die Wanderung ging über einen Moorholzsteg zu einem Aussichtsturm, von dem man die einzigartige Hochmoorlandschaft hautnah entdecken und erleben konnte.

Geführt wurde die Gruppe vom in der Region bekannten und versierten Wanderführer Wolfgang Peter aus Silberborn, der sich ehrenamtlich über viele Jahrzehnte im Moorschutz engagiert: Mit Herrn Peter haben wir den faszinierenden Lebensraum Moor erleben dürfen. Keine Frage blieb unbeantwortet! Das Mecklenbruch ist mit einer Fläche von 63 Hektar das größte niedersächsische Hochmoor außerhalb des Harzes. „Das Moor beherbergt eine einzigartige, vom Aussterben bedrohte und hoch spezialisierte Tier- und Pflanzenwelt. Es ist unsere Pflicht diese zu schützen.“

Insofern freue ich mich, dass das Moor nicht nur seit langem als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist, sondern auch als Flora-Fauna-Habitat-Gebiet Teil des Europäischen Naturschutznetzwerkes „NATURA 2000“ ist.“ Das große Engagement der Ehrenamtlichen um Wolfgang Peter würdige ich sehr, denn ohne Menschen wie sie wäre das Moor heute nicht wieder in diesem guten Zustand. Und das ist ein enorm wichtiger Beitrag zum Klimaschutz: Die Renaturierungsmaßnahmen im Mecklenbruch schaffen langfristig Abhilfe bei der Klimaerwärmung. Moore gehören zu den wichtigsten CO2 Speichern.

### Besuch im Mütterzentrum Hameln

Anfang Juni stand der Besuch im Mütterzentrum und Mehrgenerationenhaus Hameln an: Bei einem Gespräch mit der Leiterin des Mehrgenerationenhauses, Nicola König, und der 1. Vorsitzenden des Mütterzentrum Hameln e.V., Tanja Güsgen, informierte ich mich über die vielfältigen Angebote und Herausforderungen des Mütterzentrums: Von Krippe, über Spielgruppen und Reparatur-Café bis hin zum Kaffeetrinken für Senior\*innen haben die Räume in der Meißelstraße viel zu bieten – Integration, Miteinander und Toleranz stehen dabei im Zentrum des Handelns.

Das Engagement aller Beteiligten in Hinblick auf die Integration von Geflüchteten ist bemerkenswert: Trotz der vielfältigen Herausforderungen zeigt sich hier, dass durch eine positive Haltung eine gelebte Integration möglich ist. Und dennoch gibt es gerade im Hinblick auf eine schnellere Integration in den Arbeitsmarkt dringenden Handlungsbedarf: Die Durchsetzung einer schnellen Arbeitserlaubnis, wie im Falle von geflüchteten Ukrainer\*innen, muss insbesondere im Hinblick auf den Mangel an qualifiziertem Personal auch für Menschen aus anderen Ländern möglich sein. Im Anschluss daran traf ich mich noch mit Nina Schaper vom Beirat für Menschen mit Behinderung im Landkreis Hameln-Pyrmont. Sie berichtete mir über die vielen Herausforderungen in Alltag und Beruf, aber vor allem auch von den akuten Nachwuchssorgen des Beirats.

Die Arbeit des Beirats ist für Integration und Zusammenhalt unerlässlich und bietet ein abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld. Informationen findet ihr unter: [https://www.hameln-pyrmont.de/Jugend und Soziales/Beirat f%C3%BCr Menschen mit Behinderung/](https://www.hameln-pyrmont.de/Jugend_und_Soziales/Beirat_f%C3%BCr_Menschen_mit_Behinderung/).

Der Besuch hat mir erneut gezeigt, wie wichtig es ist, dass alle Menschen am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben können. Deshalb ist es mir wichtig, auch meine politischen Informationsfahrten barrierearm zu gestalten! Bei Interesse könnt ihr euch gerne über [helge.limburg.wk02@bundestag.de](mailto:helge.limburg.wk02@bundestag.de) informieren.





### Austausch mit dem SoVD

Zu den aktuell intensiv diskutierten Themen gehört die Ausgestaltung der Kindergrundsicherung. Unterstützung bekam ich dabei im Gespräch mit dem Kreisverband Holzminden des Sozialverband Deutschland (SoVD). Der Vorsitzende Herr Schlieker machte deutlich, wie wichtig die Bekämpfung der Kinderarmut durch eine gut finanzierte Kindergrundsicherung ist. Wir waren uns einig, dass der finanzpolitische Kurs des Bundeskanzlers und des Bundesfinanzministers nicht ausreicht, um die sozialen Verwerfungen in unserer Gesellschaft auszugleichen. Wir werden in den Haushaltsberatungen jedenfalls weiter für eine gut ausfinanzierte Kindergrundsicherung streiten.

### Fürstentreff in Hameln

Der Fürstentreff in Bad Pyrmont ist mir ein Fest gewesen! In diesem Jahr war ich gemeinsam mit unserer Landtagsabgeordneten Britta Kellermann zum ersten Mal dabei.

Der Fürstentreff, dessen Teilnehmer in den Kleidern historischer Kurgäste durch die Stadt flanieren, zog viele Besucher\*innen und Schausteller\*innen an.

Ich bedanke mich insbesondere beim Fürstentreff e.V. für sein Engagement und die Organisation des geschichtsträchtigen Events in unserer Region!

## Ausblick - Termine im Wahlkreis

### Digitale Limo mit Limburg - Anlauf eines neuen Formats

In Kontakt mit Helge Limburg – um mit euch direkt in Kontakt zu sein und einen individuellen Austausch zu ermöglichen, biete ich regelmäßig verschiedene Formate an:

1. "Limo mit Limburg": Bürger\*innensprechstunde im Wahlkreisbüro – Termine erfahrt ihr über die örtliche Presse, den KV-Verteiler oder meiner Webseite unter [helge-limburg.de](https://helge-limburg.de).
2. "Digitale Limo mit Limburg" – Online- oder Telefon Sprechstunde nach Vorankündigung über den KV-Verteiler oder über Email-Anfrage im Wahlkreisbüro unter [helge.limburg.wk@bundestag.de](mailto:helge.limburg.wk@bundestag.de).
3. kurzfristige Videokonferenzen über Zoom zu aktuellen Themen – Ankündigung über die örtliche Presse, den KV-Verteiler oder meiner Webseite unter [helge-limburg.de](https://helge-limburg.de).

Die nächste „Digitale Limo“ findet nach der Sommerpause am 23.08.2023 ab 17 Uhr statt. Anmeldungen zur Terminvereinbarung unter [helge.limburg.wk@bundestag.de](mailto:helge.limburg.wk@bundestag.de).

### Sommertour durch den Wahlkreis

Anfang August ist es wieder soweit – ich bin unterwegs auf Sommertour durch den Wahlkreis! Veranstaltungen sind geplant in Hameln, Bad-Pyrmont, Holzminden, Hildesheim und Hessisch Oldendorf. Nähere Informationen und Termine findet ihr zeitnah auf meiner Webseite unter [helge-limburg.de](https://helge-limburg.de).

## Mitgliedschaft im PUA

Eine weitere Neuigkeit aus Berlin möchte ich zum Schluss noch mit euch teilen: Seit Anfang April bin ich stellvertretendes Mitglied im parlamentarischen Untersuchungsausschuss Afghanistan, der das Ende der deutschen Friedensmission in Afghanistan aufarbeitet.

Im Ausschuss werden die Geschehnisse rund um die dramatische Evakuierung nach 20 Jahren Einsatz in Afghanistan untersucht. Der Abzug der Bundeswehr, der Umgang mit den bedrohten afghanischen Ortskräften, die in den vergangenen Jahren für deutsche Stellen gearbeitet hatten, sowie die militärische Evakuierungsoperation in Kabul stehen dabei im Zentrum der Untersuchung.

Es geht darum, Prozesse, Strukturen und Fehler zu beleuchten und Schlussfolgerungen für die Zukunft aufzuzeigen. Das ist Teil der politischen Verantwortung gegenüber den Ortskräften und ihren Angehörigen, aber auch gegenüber den zivilen und militärischen Mitarbeitenden, die sich unter dramatischen Umständen für die Rettung von bedrohten Menschen eingesetzt haben. Die Aufarbeitung der gemachten Fehler und Schwachstellen ist für uns Grüne im Bundestag ein Herzensanliegen, denn das sind wir allen Betroffenen schuldig.

Der Untersuchungsausschuss befragt Zeug\*innen und Zeugen, die an den Geschehnissen in Afghanistan zwischen 2020 und 2021 beteiligt waren: von Beamten\*innen und Soldat\*innen über die damals amtierenden Minister\*innen der Bundesregierung bis hin zu Aktivist\*innen aus der Zivilgesellschaft und betroffenen aus Afghanistan. Für die grüne Bundestagsfraktionen befragen meine Kolleginnen Sara Nanni, Canan Bayram, Jamila Schäfer und ich die Zeug\*innen. Zweimal konnte ich bisher selbst Zeugen befragen: Einen Offizier der Bundeswehr, der als Referent im Verteidigungsministerium für die Ortskräfte zuständig war sowie eine Referentin im Innenministerium, die im Untersuchungszeitraum Fragen des Aufenthaltsrechts bearbeitet hat.

Die Befragungen des Untersuchungsausschusses finden in der Regel öffentlich statt, jeweils am Donnerstag in den Sitzungswochen des Bundestages ab 12:00 Uhr. Mehr Informationen findet ihr unter: <https://www.bundestag.de/ausschuesse/untersuchungsausschuesse/ua01Y>.

## Bundestagsbüro Berlin

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030 227-75581

Bei Fragen und Anmerkungen zu meiner Arbeit wendet euch gern direkt an mich oder an mein Team unter:  
[helge.limburg@bundestag.de](mailto:helge.limburg@bundestag.de).

## Wahlkreisbüros

Wahlkreisbüro Hameln: [helge.limburg.wk02@bundestag.de](mailto:helge.limburg.wk02@bundestag.de)

Wahlkreisbüro Holzminden: [helge.limburg.wk@bundestag.de](mailto:helge.limburg.wk@bundestag.de)

## Social-Media

Twitter



Facebook



Instagram



[www.helge-limburg.de](http://www.helge-limburg.de)



[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)